

Soziale und ökologische Politik – Neue Kraft für Gladbeck



Von links nach rechts: Ingo Wesselborg, Martina Pestke, Ralf Michalowsky, Olaf Jung, Gudrun Erfurt, Franz Kruse, Rüdiger Jurkosek (Foto: Peter Braczko)

Liebe Bürgerinnen und Bürger, in Gladbeck lebt es sich gut – daran besteht kein Zweifel! Das gilt allerdings leider nicht für alle Menschen in unserer Stadt. Der von der LINKEN beantragte Armutsbericht (von der Rathausmehrheit Familienbericht genannt) sagt aus, dass 42% der Gladbecker arm oder von Armut bedroht sind. Dieser Teil der Gladbecker Bevölkerung hat täglich mit Problemen zu kämpfen, die denen die Arbeit und geregeltes Einkommen haben weitgehend fremd sind. Neu erschlossene Baugebiete interessieren diejenigen, die nicht wissen wie sie die nächste Miete zusammenkratzen sollen, weniger. Neue Schulbauten sind gut und wichtig, machen aber Kinder aus armen Haushalten nicht satt.

Wir brauchen eine solidarische Stadt, ein Gemeinwesen, dass den weniger wohlhabenden Teil der Menschen nicht ausschließt. Dazu gehört beispielsweise auch die Mobilität. DIE LINKE fordert in allen Städten NRWs ein Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr. In einigen Städten (Dortmund, Köln u.a.) gibt es das schon längst.

In unserer Stadt wird dieses Ticket dringender denn je benötigt. Die Gladbecker Tafel (Ausgabe von Lebensmitteln für Bedürftige) liegt in Gladbeck Ost. Wer aus Brauck oder

Rentfort kommt, kann nicht dorthin laufen. Die Kosten für den Bus reißen also ein dickes Loch in das eh schon kleine Budget. Dazu kommt die ständig intensiver werdende Konzentration von Lebensmittelsupermärkten: der neue ALDI-Markt an der Schultenstrasse führte zur Schließung der ALDI-Märkte an der Hegestrasse und an der Feldhauser Strasse. Die Kunden aus Rentfort und Zweckel müssen nun mit dem Bus zum Einkauf fahren.

Schutzschirm für die Menschen

Für Banken und Konzerne wurden innerhalb von wenigen Wochen mehrere hundert Milliarden Euro bereit gestellt. Man könnte es böswillig Schmiergeld nennen, weil damit der stockende Raubtierkapitalismus weiter geschmiert wurde. Das wird aber alles nichts nutzen, denn die Krise ist systembedingt. Durch Kurzarbeit wird die Krise derzeit noch etwas abgefedert, doch wenn die Aufträge ausbleiben, werden die Unternehmen »gezwungen« sein, sich von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu trennen. Die Arbeitslosigkeit wird sehr wahrscheinlich schon im Herbst die 4 Millionen-Marke übersteigen. Auch Gladbeck wird davon nicht verschont bleiben.

Deshalb müssen wir uns schon jetzt darauf konzentrieren, den betroffenen Menschen zu helfen.

Schutzschirm für die Tafel e.V.

Die Gladbecker Tafel, auf der Bülser Straße in Gladbeck-Ost, ist in einem ehemaligen Getränkemarkt eingerichtet. Dort stehen mehrmals wöchentlich bis zu 100 Menschen draußen an der Straße und warten auf ihren Einlaß um sich Lebensmittel abzuholen. Auch bei Regen, Schnee und Frost müssen sie dort vor den Augen der Öffentlichkeit stehen.

Während man mit der Gladbeck Card (Antrag der WASG – Vorläufer der LINKEN) erreicht hat, dass Menschen sich nicht mehr outen müssen, wenn sie eine Ermäßigung in Anspruch nehmen, mutet man den Menschen an der Tafel e.V. das unwürdige Schlangestehen zu.

Die Tafel e.V. braucht dringend menschenwürdige Räume. Hier könnten die Kirchen Barmherzigkeit vorleben und ein leerstehendes Kirchengebäude zur Verfügung stellen.

Was beim Luther Forum (ebenfalls auf der Bülser Str.) für eine Million Euro möglich war, sollte auch für den armen Teil der Bevölkerung drin sein.

Was ist Reichtum?

Wenn DIE LINKE davon spricht, die Reichen stärker zur Kasse zu bitten, dann fühlen sich viele Menschen angesprochen – Reichtum ist eben relativ! Wir wollen der Oma nicht ihr Häuschen nehmen!

Das ist Reichtum: Die 300 reichsten Deutschen haben in 2007 ihr Vermögen um 85 Milliarden auf insgesamt 475 Milliarden Euro gesteigert. Nun kann sich kaum jemand vorstellen, wie viel 85 Mrd. sind.

Deshalb haben wir das mal umgerechnet: Jeder dieser 300 hat sein Vermögen um 283 Millionen gesteigert. Zu den 1,3 Mrd., die er schon hatte. Pro Tag macht das 776.000 Euro. Pro Stunde 32.000 Euro. Und zwar rund um die Uhr und 7 Tage die Woche.

Alle 6 Stunden kann man sich dafür eine mittlere Eigentumswohnung im Wert von 200.000 Euro kaufen; pro Tag sind das 4 Wohnungen. Im Jahr sind das 1.460 neue Wohnungen für jeden dieser 300 Reichen.

Zusätzlich zu den 6.700 Wohnungen, die jeder von ihnen schon hat. ■

| | |
|--------------------------------------|----------|
| DIE LINKE zur geplanten A52 | Seite 2 |
| Ralf Michalowsky an die Gladbecker | Seite 3 |
| Unsere Spitzenkandidaten | Seite 4 |
| Das Wahlprogramm für Gladbeck | Seite 5 |
| Gregor Gysi auf der Halde Hoheward | Seite 9 |
| Direktkandidaten für den Rat/Landrat | Seite 10 |
| Beitrittsformular | Seite 12 |
| Impressum | Seite 12 |

Sahra Wagenknecht in Gladbeck



Sie sind herzlich eingeladen, wenn Sahra Wagenknecht im Foyer der Gladbecker Stadthalle spricht. Die Politikerin war bislang Europaabgeordnete und kandidiert nun auf dem aussichtsreichen Platz 5 der NRW-Landesliste zum Deutschen Bundestag. Die 40jährige Sahra Wagenknecht ist Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN.

Der Bundestagskandidat der LINKEN, Günter Blocks und auch der Gladbecker Bürgermeisterkandidat Ralf Michalowsky werden an der Veranstaltung teilnehmen. Sie haben die Gelegenheit alle im persönlichen Gespräch hautnah kennen zu lernen.

Wir würden Sie gerne zu einem interessanten Abend begrüßen.

Dienstag, 25. August 2009
Einlass ab 18.30, Beginn 19.00 Uhr
im Foyer der
Mathias-Jakobs-Stadthalle,
Friedrichstraße 53 - Eintritt frei!

DIE LINKE zum geplanten Bau der Autobahn 52!

Noch immer steht die Planung einer großteils offenen Galerieführung der A52 durch unsere Stadt im Raum. Das lehnt DIE LINKE ab und setzt sich für die A52 als Umgehungsautobahn ein. Die Umgehung unserer Stadt mit der Führung durch die Heege ist unserer Meinung nach insgesamt die für Bürger und Umwelt am wenigsten schädliche Variante. In Verbindung mit dem Aufbau eines erstklassigen Schallschutzes an der A2 in Butendorf/Brauck ist sie stadtverträglich und bietet die meisten Möglichkeiten für positive Veränderungen.

Der Ausbau durch die Stadt würde eine mehr als 7jährige Bauzeit im Gladbecker Innenstadtbereich bedeuten, verbunden mit der teilweisen oder vollständigen Sperrung von innerörtlichen Straßen und der B224. Die damit verbundenen Stress-, Lärm- und Staubbelastungen würden den Bürgern und den Nutzern der B224 durch die Umgehungsautobahn erspart bleiben.

Gladbeck braucht die A52 nicht. Unsere Nachbarstädte im Norden wünschen sich einen schnellen Zugang zur A2. Der Bund möchte mit der A52 (und der A535) eine Hochleistungsautobahn von Wuppertal nach Münster als zusätzliche Nord-Süd-Querung durch das Ruhrgebiet bauen, die dann Teil einer europaweiten Hauptverkehrsachse wird. Durch den geplanten Bau der A52 wird das Verkehrsaufkommen durch das Stadtgebiet mindestens verdoppelt. Besondere Sorge bereitet uns hierbei die Prognose, nach der sich die Zahl der LKW etwa vervierfacht. Die Belastungssituation durch Lärm, Feinstaub und Abgase wird sich durch den Ausbau erheblich vergrößern.

Die Folgen des Tunnelbaus

Ein langer, durchgehend geschlossener Tunnel (Erlenstraße bis A2) ist unsere Mindestanforderung für den Autobahnbau durch die Stadt. Aber dieser Tunnel, der wahrscheinlich nie gebaut wird, hätte auch viele Nachteile. Die Anwohner entlang der Tunnelführung wären zwar gut vor Lärm geschützt, die Anwohner außerhalb der Tunnelführung jedoch nicht. Weil der Tunnel Belüftungseinrichtungen benötigt, ist die Belastung der Luft weitgehend ungeklärt. Die Abgase und der Feinstaub verschwinden nicht, nur weil die Fahrzeuge in einem Tunnel fahren.

Ein Immissionsschutz-Tunnel ist nur dann sinnvoll, wenn er das gesamte Siedlungsgebiet schützt. Das heißt, die Portale müssen außerhalb der Wohngebiete liegen. Mit dem Bau eines Tunnels wird ist der Bau eines riesigen,



Galerie auf der A46 bei Wuppertal – eine Horrorvorstellung für Gladbeck

bis zu 15 m hohen Autobahnkreuzes an der Freizeitstätte Wittringen praktisch unvermeidlich. Die problematische Zufahrtssituation des Gewerbeparks Brauck kann mit dem Tunnel nicht gelöst werden. Deshalb müsste die Zufahrt der LKW künftig durch Wohngebiete erfolgen.

Nach den bisherigen Planungen soll auf der Tunnel-Galeriestrecke eine zusätzliche Straße verlaufen. Diese Straße auf dem Deckel schafft zusammen mit dem Zufahrtsverkehr zur A52 und zur A2 viel Verkehr in die Innenstadt. Damit wird eine zusätzliche Lärmquelle und Schneise durch die Stadt entstehen.

Das riesige Autobahnkreuz

Das riesige Autobahnkreuz wird beim Bau der Tunnel- oder Galerievariante unvermeidlich. Quer über der A52 verläuft die A2. Noch darüber soll ein 12 m hoher Überwurf gebaut werden, um von Essen kommend nach Oberhausen zu kommen. Der Verkehr

aus Oberhausen durchfährt einen weit nach Süden reichenden U-förmigen Überwurf über die A52 um dann nach Norden in Richtung Marl weiter zu fahren. Der Verkehrsstrom aus Dortmund in Richtung Essen unterquert die A2 in Höhe der Brillenteiche um auf die A52 zu gelangen. Im Falle der Umgehung über die Heege kann die Autobahnverknüpfung als Dreieck viel kleiner gebaut werden.

Der Anschluss an das Autobahnnetz

Die zentrale Gladbecker Autobahnanschlussstelle an die A52 soll am Freibad und an der Grabenstraße entstehen. Hierdurch werden große Verkehrsströme, die heute über fünf Anschlüsse im Stadtgebiet die B224 erreichen, zentral in den Innenstadtbereich verlagert.

Für die geplante Ausfahrt gegenüber dem Freibad muss die Trog- oder Tunnelwand weit geöffnet werden. Die Wohngebiete an der Stallhermstraße

und am Heimannshof werden hierdurch stark verlärm und schadstoffbelastet. Auf der anderen Seite der Trasse sind Freibad und Stadion den gesundheitsschädlichen Belastungen ungeschützt ausgesetzt. Auch Graben-, Garten- und Landstraße wären von der massiven Verlagerung des überörtlichen Verkehrs betroffen. Wenn die Umgehungs-Autobahn gebaut wird, entstehen alle diese Probleme nicht.

Der direkte A2 Anschluss entfällt.

Der bestehende Autobahnanschluss Essen/Gladbeck an die A2 und der günstige Direktanschluss des Gewerbeparks Brauck entfallen beim Tunnel. Von Süden aus soll der Gewerbepark dann mit einer Straße parallel zur Autobahn, durch das Naturschutzgebiet an der Kösheide von Bottrop aus angeschlossen werden. Von Norden her wird der nächste Weg in den Gewerbepark über die Phönix- und Helmutstraße führen, die so durch den Schwerverkehr zusätzlich belastet werden.

Wenn die Umgehungs-Autobahn gebaut wird, kann der direkte Autobahnanschluss des Gewerbeparks erhalten bleiben. Naturschutzgebiet und Siedlungen werden geschont.

DIE Linke fordert die Umgehung Gladbecks

Die Umgehung Gladbecks und Führung der A52 durch die Heege ist die Variante, die den Bürgern den größten Schutz bietet. An der A2 fordern wir im Bereich zwischen der Feldstraße und der Brokampsiedlung eine Lärmschutzeinhausung, ähnlich der an der A1 in Köln-Lövenich oder der A3 bei Nürnberg. Für die anderen Bereiche sind Tempo 80, Flüsterasphalt, Lärmschutzmauern oder Lärmschutzwälle erforderlich. Wir sehen aktiven Lärmschutz für alle Anwohner, das Freizeitgebiet Wittringen und für alle geschützten Landschaftsteile als unverzichtbare Ausbaubestandteile an. Für den Ausbau der A52 im Bereich der Heege halten wir einen naturschonenden Ausbau mit Absenkung der Trasse in eine Troglage sowie weitgehende Abdeckung mit Landschaftsbrücken für erforderlich. Solange keine akzeptable Planung vorliegt, ruft DIE LINKE die betroffenen Anwohner dazu auf, keine Mitarbeiter von Straßen.NRW auf ihr Grundstück zu lassen.

DIE LINKE will für den Fall, dass die legitimen Interessen unserer Stadt beim Bau der A52 nicht berücksichtigt werden, alles unternehmen, um den Bau der neuen Autobahn ganz zu verhindern. ■



Liebe Mitbürger/-innen, liebe Gladbecker!



Bürgermeisterkandidat
Ralf Michalowsky

DIE LINKE Gladbeck hat mich zu ihrem Bürgermeisterkandidaten gewählt. Ich habe diese Aufgabe gern übernommen, weil ich der Ansicht bin, dass man zur derzeitigen Politik Alternativen bieten muss. Und nicht alles, was uns und Ihnen da aus dem Rathaus verkauft wird, ist der Weisheit letzter Schluss.

Die im Rathaus beschlossene Politik ist in vielen Punkten halbherzig und falsch. Oft ist nicht das wiederholte setzen von Bypässen erforderlich, sondern eine Transplantation. Dazu einige Beispiele:

Fortlaufende Plünderungen bei der GWG

Die Städtische Wohnungsbaugesellschaft ist seit Jahrzehnten skandalerprobt. Mehrere Geschäftsführer haben den Laden – unter den Augen der Ratsmitglieder, die sie beaufsichtigen sollten – ausgenommen wie Weihnachtsgänse. Aber auch Ratsmitglieder haben sich an dieser Selbstbedienung beteiligt. So musste der SPD-Aufsichtsratsvorsitzende K. Weirauch, der sich am Aufsichtsrat vorbei eine Eigentumswohnung erschlichen hatte, diese wieder zurückgeben. Ähnliche „Geschäfte“ von privaten Mitgesellschaftern konnten zu letzter Minute verhindert werden.

Doch auch derzeit liegt bei der GWG vieles im Argen: Als die Stadt im letzten Jahr aufgrund der windigen Geschäfte eines Geschäftsführers eine Million Euro nachschießen musste, wurde der Minderheitsgesellschafter (5,6 %) von der Nachschusspflicht ausgenommen. Aufgrund vertraglicher Festschreibung ist er nur an den Gewinnen, aber nicht an den Verlusten zu beteiligen.

Wer möchte nicht so Geschäfte machen?

Ich will bei der GWG aufräumen, denn schließlich handelt es sich um

unser aller Geld, das dort fortlaufend verschwindet

Frauenförderung bei der Stadtverwaltung

54 % der Beschäftigten der Stadt sind Frauen. Ein guter Wert, der dem Frauenanteil an der Bevölkerung entspricht. Schaut man aber genauer hin, dann wird man feststellen, dass es keine Frauen in Führungspositionen gibt. Alle Dezernenten sind Männer, ebenso alle Amtsleiter und fast alle Stellvertreter (bis auf zwei) sind Männer. Kürzlich fragte ich einen »Entscheidungssträger«, ob er bereit wäre, an diesem Zustand etwas zu ändern. Die spontane Antwort: »Aber man muss erst einmal gute Frauen finden!« Bei Männern stellt sich ihm diese Frage nicht.

Ich will, dass die im März 2010 freiwerdende Stelle des Kulturdezernenten durch eine Frau besetzt wird und in der Folge sollten die nächsten freiwerdenden Amtsleiterstellen auch durch Frauen besetzt werden.

Keine Schiessstände an Schulen

In der Regenbogen-Grundschule befindet sich ein Schiessstand eines Schützenvereins. Der SPD-Bürgermeister und der SPD-Schuldezernent unterstützen das Vorhaben eines anderen Schützenvereins, neben der Sporthalle der Rentforter Gesamtschule eine zweite Schiessanlage zu bauen.

Ich meine, dass Waffen und Uniformen nicht an Schulen gehören. Selbst die CDU-Landesregierung hat das erkannt und verlangt die Verlagerung solcher Übungsstände an andere Orte.

Ich will, dass für den Schützenverein-Mitte (Regenbogenschule) andere Räume gesucht werden und der Schützenverein-Rentfort nicht an der Gesamtschule baut, sondern beispielsweise den leer stehenden Aldi-Markt an der Heegestrasse nutzt.

Keine A52 durch Gladbeck – Ab durch die Heege!

Es wird keinen Tunnel durch Gladbeck geben! Die Kosten, die Innenstadtlage und der 8jährige Umleitungsverkehr während der Bauzeit sprechen dagegen. Auf den Tunnel wollen die Planer die derzeitige B224 legen. Ein Wahnsinn, das wird jeder feststellen, der mit den Örtlichkeiten vertraut ist. Während wir jetzt Brücken an der Land- und Horster Str. haben, wird es bei der Tunnellösung dort Kreuzungen geben. Die B224 auf dem Tunnel wird unsere Stadt erst recht zweiteilen.

Ich will, dass man sich ernsthaft mit der Heegelösung auseinandersetzt. In Troglage mit Teiluntertunnelung gebaut, wird sie unauffällig in das Landschaftsbild eingefügt. Während des Baus gibt es keinen Umleitungsverkehr und die Straße könnte in drei Jahren fertig sein. Auf der A2 im Raum Butendorf muss Tempo 80 eingeführt werden und die sollten Lärmschutzwände den neuesten Standards entsprechen.

Innenstadtsterben

Ohne Moos nix los! Eine Stadt, in der 42 % der Menschen arm sind, kann keine großen Sprünge machen. Menschen ohne Geld halten keine starke Kaufkraft vor.

Deshalb muss hier radikal umgedacht werden:

- Verkleinerung der Einkaufszone
- Modernisierung der Fußgängerzone
- Verbesserung des Branchenmixes
- Förderung der Aufenthaltsbereitschaft der Kunden durch attraktive Gastronomie
- Öffnung des Goetheplatztunnels nach Norden
- Verlegung des Bahnhofs Ost nach Süden
- den Marktplatz vor das Rathaus verlegen
- den derzeitigen Marktplatz zum Innenstadtparkplatz ausbauen
- damit Voraussetzungen für die Vermietung des ehemaligen P&C-Gebäudes schaffen
- Wohnraum»verdichtung« am Nissing-Parkplatz (Wilhelmstrasse)
- in Innenstadtrandlagen leerstehende Geschäfte in Wohnungen umwandeln.

Verödung der Vororte

In den Vororten bricht die Infrastruktur ein. Lebensmittelmärkte schließen und Dienstleister wandern ab. Ich will in allen Stadtteilen: Lebensmittelmärkte, Post, Banken, Ärzte, Gastronomie, Freizeiteinrichtungen für Jung und Alt, medizinische Einrichtungen, Altenbetreuung und Altenheime, gute Verkehrsverbindungen, Betreuungseinrichtungen für die Kleinsten, kurze Wege zu Grundschulen, dezentrale weiterführende Schulen wo es geht.

Zweite Gesamtschule für Gladbeck

Aufgrund mangelnder Nachfrage stehen zwei von vier Hauptschulen auf der Kippe – eine Lösung ist nicht in Sicht. Die SPD redet nur auf Landesebene von einer Schule für alle; hier, vor Ort ist das für sie kein Thema. Von aktiver Schulpolitik hat diese Partei sich in Gladbeck schon vor 30 Jahren

verabschiedet. Dabei bietet sich nun die Gelegenheit, dass Vakuum durch eine zweite Gesamtschule in Gladbeck zu füllen.

Keine Deutschkurse in Moscheen

Die imaginäre Bedrohung in der Fremde schweiß die Menschen zusammen. Migranten sammeln sich im Umfeld der Moscheen und Moscheevereine. Das ist in Gladbeck ganz deutlich zu beobachten. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn Menschen sich religiös betätigen, aber man muss auch bedenken, dass sie dadurch verstärkter sozialer Kontrolle unterliegen. Auch in Deutschland durften Frauen bis 1964 nur dann einer Berufstätigkeit nachgehen, wenn ihnen ihr Ehemann eine schriftliche Erlaubnis dazu gab.

Ich will, dass keine »weltlichen« Veranstaltungen in Religionsräumen stattfinden. In skandinavischen Ländern hat man bester Erfahrungen mit Sprachunterricht für die Eltern in Kindergärten und Schulen gemacht. Auch ein Gladbecker Kindergarten (vom SKF) beschreitet diesen Weg schon vorbildlich – weitere müssen folgen.

Beleuchtung des Wittringer Waldes ist Unsinn

Seit Jahren wird den Joggern im Wittringer Wald von den großen Rathausparteien die Beleuchtung des Waldes versprochen. Als Marathonläufer »drehe« ich seit 25 Jahren auch am späten Abend meine Runden. Doch nie hatte ich das Bedürfnis, nachts im Wittringer Wald zu laufen. Es gibt genügend gut ausgeleuchtete Straßen, die mehr Sicherheit bieten, als die schummerigen Waldstücke.

Jedem Schüler eine Erstausbildung

Die Jugend ist unserer Zukunft, deshalb müssen wir jedem Entlassschüler die Möglichkeit einer Erstausbildung bieten. Daran anschließen sollte ein erster Job.

Ich will, dass wir nicht weiter hoffnungslose Heranwachsende »produzieren«, sondern aktiv an diesem Problem arbeiten.

Dazu gehört auch der Kampf für eine Ausbildungsplatzabgabe, der in Landes- und Bundesparlamenten geführt werden muss.

Ihr Bürgermeisterkandidat

Ralf Michalowsky

Die Spitzenkandidaten/-innen für das Rathaus!



Martina Pestke

46 Jahre, Single. Beruflicher Werdegang: Ausbildung zur Arzthelferin, seit 1981 Beschäftigte der Kreisverwaltung Recklinghausen, Qualifizierung zur Verwaltungsfachwirtin, z. Zt. Koordinatorin der Beratungs- und Infocenter Pflege im Kreis Recklinghausen und stellvertretende Personalratsvorsitzende. Dortige Themenschwerpunkte: Frauen, Soziales, betriebliche Gesundheitsförderung, Tarifrecht. Aktive Gewerkschafterin seit 25 Jahre in verschiedenen Funktionen auf Bezirks- Landes- und Bundesebene.

Politischer Werdegang: Bis 2005 parteilos, dann über die WASG in DIE LINKE. Mitglied der Landesschiedskommission NRW.

Hobbys: Kochen mit Freunden, Tanzen und Kabarettbesuche.

Warum sollten Sie mich als Ihre Vertreterin in den Stadtrat wählen? Ich bin eine gute ZuhörerIn, habe ein ausgeprägtes Gespür für soziale Gerechtigkeit und langjährige Erfahrung in der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerschaft. Ich habe Biss und Energie, bin lernfähig und bereit meine Zeit und meine Kraft zu investieren, um für gelebte Solidarität in Gladbeck einzutreten.



Olaf Jung

Alter 45, verheiratet, ein Sohn. Freiberufler seit 2009. Ausbildung: Abitur an der Gesamtschule Gladbeck (1983), Studium Bergbau und Rohstoffe an der TU Clausthal (1984-1991). Weiterbildung: Technisches Umweltmanagement an der DAA Gelsenkirchen. Staatlich geprüfter Beauftragter für Immissionsschutz nach §7 Nr.2 5.BImSchV. Projektingenieur für Erneuerbare Energien.

Politische Aktivitäten: Seit 2005 Mitglied der WASG, davor keine Mitgliedschaft in einer politischen Gruppierung oder Partei. Ab 2007 Mitglied der Partei DIE LINKE.

Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE, Kreisverband Recklinghausen. Betreuung der Pressearbeit und des Internetauftritts (www.dielinke-kreisrecklinghausen.de) des Kreisverbandes. Pressesprecher des Stadtverbandes DIE LINKE Gladbeck. Betreuung des Internetauftritts des Stadtverbandes (www.dielinke-gladbeck.de).

Betreuung der Initiative Ab-durch-die-Heege.de (www.ab-durch-die-heege.de).

Gründungsmitglied im BÜRGERFORUM A52.

Hobbys: Familienforschung, Garten, Heimwerken und Doppelkopf.

Ich erwarte, dass der neue Rat ein Anwalt aller Bürger wird und die Bürgerinteressen entsprechend Gehör finden.



Gudrun Erfurt

Jahrgang 1949, verheiratet, 2 Söhne, 2 Enkel, 1 Enkelin. Wohnhaft in Gladbeck seit 2000. Geboren und aufgewachsen in der Lausitz, also im „fernen Osten“, in der DDR. Beruf: Maschinistin für Wärmekraftwerke. Studium, Arbeit als Lehrerin der Klassen 5 bis 12 und als Historikerin. Nach der Wende arbeitete ich in einem Alten- und Behindertenheim als Pflegerin. 2000 kam ich aus persönlichen Gründen nach Gladbeck. Hier engagierte ich mich politisch in der PDS, insbesondere auch in der Frauenarbeit und wurde in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode als Abgeordnete in den Kreistag Recklinghausen gewählt. Gearbeitet habe ich seit 2000 nur in prekären Arbeitsverhältnissen in der Altenpflege und bei der Nachmittagsbetreuung von Schulkindern, z.B. in Brauck. Solange ich erwerbslos war, war ich Mitglied der Erwerbslosenvertretung von ver.di auf Bezirks- und Landesebene.

Ansonsten beschäftige ich mich mit historischen Problemstellungen, lese viel, bin gern in der Natur, verfolge mit Sympathie die Entwicklung von S04 und betätige mich nach Möglichkeit gestalterisch-kreativ.

Meiner Ansicht nach müssen sich LINKE daran messen lassen, was sie für die Bürger, besonders für die Schwächsten dieser Gesellschaft erreichen. Und da ist noch viel zu tun.



Franz Kruse

Geboren und aufgewachsen in Gladbeck. Alter 55 Jahre, wohnhaft seit 54 Jahren Welheimer Str. in Gladbeck Brauck. Seit 29 Jahren (gerne) verheiratet, eine Tochter von 26 Jahren, leider noch keine Enkelkinder. Erlerner Beruf: Staatlich geprüfter Techniker für Elektrotechnik im Bergbau über Tage. Seit 2000 aus gesundheitlichen Gründen Rentner. Seit 2003 selbstständiger Dienstleister für Haushalte und Senioren. Seit 2004 Ratsmitglied. Mitglied im Ausschuss für Bau- und Stadtplanung sowie im Rechnungsprüfungsausschuss. Mitglied im Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Gladbeck.

Hobbys: Mein Garten, mein 350 Jahre altes Fachwerk-Wohnhaus, zur Entspannung gelegentlich die Sauna.

Politisch: Abgesehen vom grundsätzlichen Interesse an Politik brachte mich die Problematik um den Ausbau der B224 zur A52 dazu, selbst aktiv politisch tätig zu werden. Seither habe ich die ganze Bandbreite der Kommunalpolitik kennen- und schätzengelern. Meinen Schwerpunkt setzte ich im Bereich der Bau- und Stadtplanung. Seit Einführung der Hartz- Gesetze behalte ich die soziale Entwicklung in unserer Stadt kritisch im Blick.

Kommunalwahlprogramm!

DIE LINKE.

STADTVERBAND GLADBECK

● Soziale und ökologische Politik ● Neue Kraft für Gladbeck

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 16. Juni 2009

Für soziale Gerechtigkeit vor Ort

DIE LINKE Gladbeck steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren neoliberaler Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Arm und Reich, in »Besserverdienende« und in Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung.

Wir kämpfen dafür, dass in unserer Stadt niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle Bürgerinnen und Bürger muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden. Soziale Gerechtigkeit erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen.

Wir – DIE LINKE – treten deshalb für die Durchsetzung der folgenden politischen Ziele zu den Kommunalwahlen in Gladbeck an.

Soziale Politik für Familien!

Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV, prekäre Beschäftigung und Lohndumping machen Familien arm und führen damit auch zu Kinderarmut. Über 42% der Gladbecker Familien gelten als arm oder armutsnah. Je mehr Kinder, desto ärmer die Familie. Arbeitnehmer mit Kindern erhalten fast ein Fünftel weniger als der Durchschnitt, Alleinerziehende mehr als ein Drittel weniger. Bei Familien mit drei Kindern ist mehr als jede Dritte armutsgefährdet. Viele Eltern können ihren Kindern keine komplette Schulausstattung für die Ersteinschulung bezahlen. Armut raubt Kindern Bildungs- und Entwicklungschancen, auch weil das bestehende deutsche Schulsystem zu den selektivsten der

Welt zählt. Zugang zu höherer Bildung und Bildungserfolg hängen in hohem Maße von sozialer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab. Für DIE LINKE gehören zu einer gezielten Arbeitsmarkt- und Familienpolitik auch stärkere Anstrengungen zur Verbesserung der Kinderbetreuung und der Sensibilisierung von Vätern für die Mitverantwortung bei der Familienarbeit.

In Kindertagesstätten lernen Kinder, sie entdecken und knüpfen soziale Kontakte. Deshalb müssen alle, unabhängig von der sozialen Situation der Eltern, ungehinderten Zugang zu Kindertagesstätten haben. DIE LINKE will Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren, sondern Räume schaffen, in denen Kinder von klein auf zu kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen: Stark, frei, selbstbewusst und sozial eingestellt. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) führt in eine völlig falsche Richtung. Mit ihm werden Qualitätsstandards abgebaut, Elternbeiträge erhöht und das Personal prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Das alles geschieht auf Kosten der Kinder, der Eltern mit Niedrigeinkommen, der Kommunen und vor allem der Erzieher/-innen. Personal und Finanzmittel sollten für die Förderung der Kinder genutzt werden, anstatt für zweifelhafte Tests und Verwaltungsaufwand.

Die PISA-Studie hat gezeigt, dass unser mehrgliedriges Schulsystem im internationalen Vergleich schlecht abschneidet. Es führt zu schlechten Abschlüssen und ist sozial stark selektiv. In erschreckend hohem Maße sind auch in NRW Kinder aus bildungsfernen Schichten und Migrantenkinder betroffen. Für ein Viertel dieser Kinder schafft unser Schulsystem nicht die notwendigen Startbedingungen für den Einstieg in das Berufs- und Erwachsenenleben. Diese Kinder werden

aufgegeben. Statt Sitzenbleiben und Bewertung über Kopfnoten sollten die Kinder ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, damit kein Kind ohne Schulabschluss die Schule verlässt. Für die Lernbedingungen an den Schulen ist die Stadt verantwortlich. Der Zustand nicht weniger Gladbecker Schulen ist besonders im Vergleich mit anderen städtischen Einrichtungen nicht mehr hinnehmbar. Das ist Sparsamkeit am falschen Ort, ausgerechnet bei Kindern.

Kinder und Jugendliche haben, wie Erwachsene, die Grundrechte auf Gleichstellung und Teilhabe. Sie sind aktiv und können eigenständig und verantwortlich handeln. Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen seit Jahren vernachlässigt. Kinder und Jugendliche brauchen jedoch Freiräume ohne Kontrolle, sie sind auch Hauptnutzer von Spiel- und Sportplätzen. Kinder und Jugendliche brauchen Einrichtungen,

die sauber und hygienisch und in einem baulich guten Zustand sind. Die technische Ausstattung muss dringend auf den aktuellen Stand gebracht werden. Durch rechtliche Vorgaben, zeitliche Einschränkungen oder zu große Entfernungen werden Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeitgestaltung behindert.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- Gebührenfreie KiTa-Plätze ab dem ersten Lebensjahr,
- die Verringerung der Gruppengrößen und eine erhebliche Verbesserung des Personalschlüssels in der Kommune über den KiBiz-Schlüssel hinaus,
- die Schaffung flächendeckender Angebote der Ganztagskinderbetreuung, Grundschulen mit festen Öffnungszeiten sowie Ganztagschulen,
- eine Gesamtschule für den Gladbecker Süden,
- die kostenlose Erstausrüstung für alle Schulanfänger,
- Lernmittelfreiheit und kostenlose Mittagessen in Schulen und Betreuungseinrichtungen,
- die Schaffung einer städtisch geförderten Jugendfreizeiteinrichtung in jedem Stadtteil mit bedarfsgerechten Angeboten und Öffnungszeiten,
- regelmäßige Erstellung eines kommunalen Sozialberichts (Armuts- und Reichtumsberichts).





Die unsozialen Folgen von Hartz IV bekämpfen!

Durch die sogenannten HARTZ-Gesetze wurde Deutschland zum Niedriglohnland. Aus Sorge vor dem Absturz in Hartz IV werden viele schlechter bezahlte und weniger abgesicherte Tätigkeiten angenommen. So entsteht ein ungeheurer Druck auf die Löhne, die Arbeitszeiten und die betrieblichen Rechte.

Der wirksamste Weg aus Armut und Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit ist es, den Menschen Wege in sinnvolle, menschenwürdige Tätigkeiten ohne Zwang zu öffnen, von denen sie leben können. Der erste Arbeitsmarkt wird diese Aufgabe nicht bewältigen, die Hartz-Gesetze sind dazu völlig ungeeignet. Neben dem Ausbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors brauchen wir mehr öffentlich geförderte, sinnvolle Beschäftigung. Statt mit öffentlichen Subventionen die Unternehmensprofite zu steigern, müssen gemeinwirtschaftliche Tätigkeiten der solidarischen Selbsthilfe mit öffentlichen Mitteln nachhaltig gefördert werden.

Deswegen sagt DIE LINKE klar: HARTZ IV muss weg!

Da dies jedoch eine bundespolitische Entscheidung ist, werden wir unseren Einfluss geltend machen um eine soziale Arbeitsverwaltung in Gladbeck zu erreichen. Hartz IV ist Armut per Gesetz! Die Praxis der Bewilligung von Arbeitslosengeld II ist eine systematische Demütigung von Menschen, die erwerbslos sind. Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosengeld-II-Bescheide sind rechtswidrig. Das sagt alles.

Wir sind dafür, Fördermaßnahmen für Unternehmen – sowohl Zuschüsse als auch Maßnahmen der Infrastruktur – an harte, bei Verstoß einklagbare Auflagen zur Beschäftigung zu binden. Die Erfahrungen mit Nokia in Bochum machen diese Forderung besonders dringlich. Für kleine und mittlere Betriebe müssen die Fördermöglichkeiten transparent und überschaubar gemacht werden.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- Stopp der Zwangsumzüge für Hartz IV-Empfänger/-innen,
- die Schaffung öffentlich geförderter, tarifgebundener Beschäftigungsverhältnisse statt 1-Euro-Jobs,
- Aufbau von öffentlich finanzierten Hartz-IV- und Sozialberatungsstellen.

Mehr Frauenrechte in der Kommunalpolitik

DIE LINKE in Gladbeck betrachtet jedes Politikfeld auch unter dem Merkmal der Geschlechtergerechtigkeit und unterstützt den vielfältigen und andauernden Kampf der Frauen um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit.

Wir fordern arbeitsmarkt-integrative Maßnahmen für langzeitarbeitslose Frauen unter besonderer Berücksichtigung von älteren und alleinerziehenden Frauen. Wir wollen mehr Teilzeitausbildungsverhältnisse, um die Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Wir fordern konkrete Qualifizierungsmaßnahmen für un- und angelernte Frauen sowie die Vergabe der Hälfte aller Ausbildungsplätze an Mädchen und junge Frauen. Wir wollen Frauen in Führungspositionen der Stadtverwaltung. Die nächste freiwerdende Dezernentenstelle soll durch eine Frau besetzt werden. Jede freiwerdende Amtsleiterstelle soll durch eine Frau besetzt werden, bis eine Parität erreicht ist.

Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe

Wir wollen, dass Frauen und Mädchen vor Gewalt in jeglicher Form geschützt werden. Hierbei muss die Stadt Frauen und Mädchen auf vielfältige Weise unterstützen. Wir fordern in Gladbeck die Stärkung, Erweiterung und Finanzierung der bisherigen Hilfeangebote (Frauenberatungsstelle, Frauennotruf, Mädchenzentrum etc.). Die Angebote an Schulen zum Thema sexueller Missbrauch müssen gesichert und ausgebaut werden. In

Kooperation mit Schulen ist Mädchen und Frauen ein Angebot von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen zu machen. Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum für Frauen und Mädchen muss mit mehr Frauenparkplätzen und beleuchteten Wegen gewährleistet werden.

Trotz Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes wurde häusliche Gewalt nicht geringer. Es fehlen ein professionelles Therapieprogramm für Täter und ausreichende Betreuungsangebote für die Opfer. Neue Rollenmuster müssen schon im Kindergarten eingeübt werden. Gerade auch Frauen und Mädchen aus Einwandererfamilien gilt unsere Solidarität. Deshalb fordern wir die verstärkte Förderung von Projekten für Migrantinnen (z.B. Sprachkurse für Frauen, Rechtsberatung, berufliche Unterstützung).

DIE LINKE kritisiert, dass Frauenhäuser bis heute keine finanzielle Absicherung haben. Hier steht vor allem das Land, aber auch die Stadt Gladbeck in der Pflicht. Es ist skandalös, dass Gewaltopfern in Gladbeck keine niederschwellige Zufluchtsmöglichkeit in einem Frauenhaus geboten werden kann. Schutz vor Gewalt an Frauen und Kindern darf nicht an den Kosten scheitern!

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- Eine gesicherte Finanzierung der Frauen- und Mädchenförderung in Gladbeck,
- gezielte Arbeitsmarktprogramme für Alleinerziehende,
- Schutzprogramme gegen körperliche und sexuelle Gewalt,
- eine Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie eine entsprechende Sicherstellung der materiellen Grundlagen ihrer Arbeit.

Für eine soziale und ökologische Stadt

Für DIE LINKE Gladbeck gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde eine sichere, finanzierbare, dem Bedarf entsprechende Wohnung in einem lebenswerten städtischen Umfeld. Soziale Wohnungspolitik heißt für uns deshalb: vorausschauende und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Stadtentwicklungspolitik.

Ziel einer modernen Stadtentwicklung muss eine lebendige Stadt für alle sein. Das bedeutet, dass Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet sein müssen. Nur durch eine zukunftsorientierte Stadtplanung sind die schon jetzt gravierenden Schädigungen im sozialen Bereich und den noch vorhandenen ökologischen Strukturen in unserer Stadt um-

zukehren. Für uns als LINKE steht im Zweifelsfall Ökologie vor Ökonomie. Ziel muss es sein, schädliche Auswirkungen nicht nur zu verhindern, sondern auch, in der Vergangenheit begangene Fehler zu korrigieren. Derzeit werden immer wieder Wohnquartiere mit gewachsenen, sozialen Strukturen dem Verfall preisgegeben und zum Objekt von Spekulantentum und Kapitalinteresse. DIE LINKE gibt der Sanierung von bestehenden Wohnbaustrukturen eindeutig den Vorzug vor Neubaumaßnahmen.

Arbeit und Wohnen müssen eng gekoppelt werden, hierzu gehören auch Stadteilunterzentren, in denen die Bürger ihren täglichen Bedarf decken können. DIE LINKE setzt sich auch für eine stärkere Beteiligung von Frauen bei Planungsverfahren ein. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit der Stadt sollen Frauen aufgefordert werden, ihre Anforderungen an die Stadtplanung einzubringen. Wir wollen keine Angsträume mehr in Gladbeck, wie es die Tunnel nach Gladbeck-Ost sind.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- Mehr Transparenz in der städtischen Wohnungsgesellschaft GWG, bezahlbaren Wohnraum für alle,
- Beseitigung von städtebaulichen »Schandflecken«,
- mehr Sauberkeit im gesamten Stadtgebiet,
- ein Konzept zur Wiederbelebung von Innenstadt und Marktplatz,
- Vorrang von Sanierungen der Bestandsgebäude vor Neubaumaßnahmen angesichts zurückgehender Einwohnerzahlen,
- Stadtteilzentren zur ortsnahen Versorgung der Bürger,
- Aufbau einer Verbraucherberatungsstelle,
- eine konsequente Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung,
- sinnvolle Nutzungsmöglichkeiten des Gesundheitsamtes und des ehemaligen Finanzamtes.

DIE LINKE zum geplanten Bau der A 52

Der geplante Ausbau der A52 ist kein Geschenk an unsere Stadt, sondern eine Zumutung, die uns von außen aufgezwungen wird. Unsere Nachbarstädte wünschen sich einen besseren Zugang über die B224 zur A2. Wir Gladbecker sind dabei offenbar nur ein Störfaktor, der diesem Projekt im Wege steht.

Die teiloffene Galerielösung verursacht nach den Prognosen unserer städtischen Gutachter extrem hohe Luftbelastungen, auch der Lärmschutz ist unzureichend und die Teilung der Stadt wird zementiert. Daher lehnen wir jeden offenen Ausbau der B224 zur A52 als Galerie oder mit nur kurzen Tunnelabschnitten durch den inner-

städtischen Bereich ab. Auch ein durchgehender Tunnel zum Immissionsschutz wäre nur dann sinnvoll, wenn er das gesamte innenstadtnahe Siedlungsgebiet schützt. Das heißt, die Tunnelportale müssten außerhalb der Wohngebiete liegen. Solch ein langer Tunnel durch die Innenstadt wird aber nach den offiziellen Veröffentlichungen weder vom Bund noch vom Land bezahlt. Es kommt also mit hoher Sicherheit nicht zu einem ausreichenden Tunnel, denn Gladbeck kann solch ein Bauwerk erst recht nicht finanzieren.

Es gibt Forderungen des Stadtrates zum Ausbau, über die mit Land und Bund verhandelt werden soll. Der Rat hat es jedoch konkret abgelehnt, den Ausbau durch Gladbeck für den Fall zu verweigern, dass unsere Interessen nicht ausreichend erfüllt werden. Da also die großen Parteien »Forderungen« nur locker aufstellen, indem sie keinerlei Konsequenzen bei Nichterfüllung ankündigen, handeln sie entweder völlig verantwortungslos oder wollen ganz bewusst den Tunnel nicht, auch wenn sie sich noch so oft öffentlich, aber eben unverbindlich, dafür aussprechen.

Jeder Ausbau der vorhandenen Trasse führt über die Bauzeit von ca. 7 Jahren durch den immensen Umleitungsverkehr zum permanenten Verkehrskollaps. Sollte ein Ausbau in Galeriebauweise oder als kurzer Tunnel erfolgen, wäre der Schaden für Mensch und Umwelt größer als bei der Umgehung durch die Heege.

Unter diesen Bedingungen ist eine Umgehung der Innenstadt die für Bürger und Umwelt am wenigsten schädliche Variante. Eine umweltverträgliche Führung der A52 durch die Heege, in Verbindung mit Schallschutzoptimierung der A2 in Brauck/Butendorf, bietet die meisten Möglichkeiten für positive Veränderungen.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- Einen landschaftsverträglichen Bau der A52 durch die Heege,
- optimalen Lärmschutz an der A2 in Brauck/Butendorf durch eine Lärmschutzeinhausung der A2,
- den Schutz Wittringens gegen den Lärm des Autobahnkreuzes,
- den Erhalt der direkten Anbindung des Gewerbeparks Brauck und der Stadtteile Brauck und Butendorf an die A2,
- den abschließenden Rückbau der jetzigen B224 zu einer sympathischen städtischen Allee.

Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst erhalten und ausbauen – Aufgaben rekommunalisieren!

Mit der Parole »Privat vor Staat« betreiben CDU und FDP gezielt eine verhängnisvolle Politik, die zur Verarmung und wirtschaftlichen Hand-

lungsunfähigkeit der Kommunen führt. Die Bürger/-innen werden ihres kommunalen Eigentums beraubt, damit Privatunternehmen und Private sich bereichern können. Die Kommunen verlieren ihren Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten. Privatisierung öffentlichen Eigentums bedeutet damit zugleich Entdemokratisierung. Privatisierte Dienstleistungen werden verteuert, und was sich nicht rechnet, wird abgebaut. Wir – die Bürgerinnen und Bürger – zahlen die Zeche.

Wo eine Privatisierung nicht möglich war, z.B. bei Polizei und Finanzverwaltung, wird von der CDU und FDP Landesregierung Personal abgebaut und ganze Ämter werden geschlossen, so auch in Gladbeck.

DIE LINKE Gladbeck will eine Stärkung des ortsnahen, bürgerfreundlichen Öffentlichen Dienstes. Der Personalabbau in den Verwaltungen und die Schließung von Ämtern sind zu stoppen. Personalabbau und Rationalisierungsmaßnahmen führen zu Leistungseinschränkungen für die Bürger, deshalb lehnen wir dies ab. Ebenso die Ausgliederung von Teilen der Verwaltung oder städtischer Betriebe zur Tariffucht in Billiglohn-Gesellschaften.

DIE LINKE ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört der Ausbau eines insbesondere kommunal getragenen öffentlichen Beschäftigungs- und Ausbildungssektors. Die für eine Stadt notwendige Infrastruktur – Polizei, Finanzverwaltung, Rettungsdienst, Feuerwehr und ortsnahe Verwaltungsstellen – sind in den letzten Jahren verschlechtert worden. Das möchten wir wieder ändern.

Die Kommunen benötigen dazu ein aus Bundesmitteln finanziertes Zukunftsinvestitionsprogramm.

DIE LINKE. Gladbeck fordert:

- Keine Privatisierung kommunaler Betriebe und Aufgaben,
- weiterhin Widerstand gegen Bestrebungen zur Privatisierung der Sparkassen,
- Einführung einer Anlaufstelle im Finanz- und Steuerwesen,
- Rekommunalisierung ausgegliederter Aufgaben,
- ortsnahe und ausreichende Präsenz von Polizei,
- Rückverlagerung der Leitstellen von Polizei-, Feuerwehr- und Rettungsdiensten nach Gladbeck,
- keine weiteren PPP-Projekte.

Öffentlichen Nahverkehr ausbauen

Die Verteuierung der Energie- und Benzinpreise erfordert einen Ausbau der Verbindungen und der Takte im öffentlichen Nahverkehr. Das Gegenteil dessen ist geschehen.

Der motorisierte Individualverkehr – das Auto – ist die umweltschädlichste Art der Mobilität. Umweltzonen und Feinstaubverbote sind der Beleg dafür, dass ein flächendeckender Umstieg auf Öffentlichen Personennahverkehr erfolgen müsste. Dieser Umstieg kann nur funktionieren, wenn ein gut funktionierendes Bus- und Bahnsystem zur Verfügung steht.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- Kürzer und besser getaktete Bus- und Bahnverbindungen,
- ein engmaschiges Streckennetz,
- behindertengerechte Bahnhöfe und Bushaltestellen,
- sinnvollere Anbindungen an die Netze der Nachbarstädte,
- ein Sozialticket für Bus und Bahn,
- seniorengerechte Einrichtung von Bus und Bahn.

Miteinander leben!

Auch wenn viele das noch immer nicht wahrhaben wollen: Deutschland ist ein Zuwanderland! Dieser Tatsache muss die Politik endlich Rechnung tragen und vorsorgend aktiv werden. Der Diskriminierung von Menschen aufgrund der Hautfarbe, der ethnischen, nationalen oder der sozialen Herkunft, des Geschlechts, der Sprache, der Religionszugehörigkeit oder politischen Überzeugung muss präventiv und aktiv entgegengewirkt werden. DIE LINKE sieht die Integration dieser Menschen als große Aufgabe, die mit aller Priorität wahrgenommen wird. Ebenso steht sie für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben.

Gladbeck wird zunehmend Aktionsgebiet für die neuen Nazis. Rassismus und Faschismus sind keine tolerierbaren Meinungen sondern Verbrechen. Wir werden uns für die umfassende Information über die Verbrechen der alten und neuen Nazis

einsetzen und unterstützen deswegen den Aufbau einer Informations- und Beratungsstelle gegen Rechts.

Das Zusammenleben der Kulturen in den Stadtteilen muss gestärkt werden. Kulturelle und künstlerische Projekte stärken Identität und Selbstvertrauen. Interkultureller und interreligiöser Dialog fördert den Abbau von Vorurteilen und Ängsten. Dazu bedarf es konkreter Projekte vor Ort (z.B. Stadtteilbüros, Stadtteilstunden, stadtteilorientierte Jugendarbeit). Durch sportliche und soziale Aktivitäten können Vorurteile überwunden und gegenseitige Akzeptanz aufgebaut werden. Das können, mit Unterstützung aus Politik und Migrantenverbänden, auch Vereine und soziale Einrichtungen leisten.

Wichtig sind Ansprechpartner vor Ort, z.B. Stadtteilmütter, sowie in den Behörden und in der Verwaltung. Dazu bedarf es der Einstellung von Migranten als Mitarbeiter der Verwaltung, in Krankenhäusern und bei der Polizei. Sie helfen Sprach- und Kulturbarrieren zu überwinden, haben Vorbildfunktion und fördern das Miteinander. Es müssen Konzepte erarbeitet werden, die eine Ghettoisierung in städtischen Brennpunkten verhindern.

DIE LINKE. Gladbeck fordert:

- Bekämpfung jeder Art von Diskriminierung!
- Eine faire Asylpraxis, die auf Integration setzt und nicht von Abschiebung geprägt ist!
- Chancengleichheit bei Bildung, Erziehung, Ausbildung und Arbeit!
- Individuelle verpflichtende Sprachförderung mit aller dafür notwendigen Unterstützung!
- Dem Rassismus keine Chance!
- Einführung eines Integrationsrates,
- einen Integrationsbeauftragten in der Verwaltung,
- Konzepte für ein Zusammenleben in guter Nachbarschaft!





Global denken - lokal handeln!

Deutschland ist EU-weit der Hauptverursacher der klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Verantwortlich dafür sind Stein- und vor allem Braunkohlekraftwerke. Sie tragen entscheidend zur Klimaproblematik bei und zerstören damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen, emittieren Schadstoffe wie Feinstaub, Schwefeldioxid, Schwermetalle und beeinträchtigen damit Gesundheit und Wohlergehen. Kohle bestimmt in Nordrhein-Westfalen drei Viertel der Stromversorgung. Mindestens 10 neue Kraftwerke sind im Bau oder in Planung. Diese sollen vor allem eines sichern: die Profite von RWE und E.ON.

Vier Fünftel des Energiebedarfs privater Haushalte bestehen aus Raumwärme und Warmwasser. Obwohl diese Energie bei der Stromproduktion als Abwärme anfällt, wird sie kaum genutzt und über Kühltürme in die Umwelt gepustet. Würde sie als Fernwärme genutzt, könnte ein Großteil des Energiebedarfes für die Raumheizung eingespart werden.

Die Energieversorgung muss Zug um Zug dezentralisiert werden. Hierbei muss vor allem die Kraft-Wärme-Koppelung genutzt werden. Denn diese arbeitet energiesparend, weil auch Abwärme genutzt und so ein hoher Nutzungsgrad erreicht wird. Unbedingt zu bevorzugen sind erneuerbare Energien, bei deren Produktion aber strikt auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet werden muss. Das gilt insbesondere für Biomasse und Wasserkraft.

DIE LINKE Gladbeck tritt für den Vorrang des Erhalts der Umwelt vor Kapitalinteressen ein. Diejenigen Menschen leiden am stärksten unter verschmutztem Wasser, verpesteter Luft, Lärm, Radioaktivität und verseuchten Böden, die sich aus finanziellen Gründen dem nicht entziehen oder sich dagegen schützen können.

Unsere Stadt ist allerdings auch der Lebensraum der Menschen. Vielfältiges städtisches Grün, Parks, naturnahe Gartengebiete, möglichst großräumige Landschaft- und Naturschutzgebiete und natürliche Bäche

bilden die Voraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen in dieser Stadt. Gerade kommunale Planungen müssen deshalb europäische Verpflichtungen zum Natur- und Artenschutz verantwortungsvoll umsetzen. Dies gilt vor allem bei Straßenplanungen, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Durch die Selbstverpflichtung der Kommunen zur Beteiligung der Naturschutzverbände im Vorfeld und bei der Umsetzung kommunaler Planungen können soziale Konflikte vermieden werden.

DIE LINKE Gladbeck unterstützt außerdem die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten. Dadurch werden weite Transporte vermieden und die regionale Wirtschaft gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen erforderlich.

DIE LINKE. Gladbeck tritt ein für:

- Die Nutzung des erheblichen Ausbaupotentials an Fernwärme, angestrebt wird ein Versorgungsgrad von über 50 %,
- die zwingende Einbeziehung von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen bei Neubauten,
- ein kommunales Förderprogramm zur nachträglichen Wärmedämmung des Altbaubestandes,
- für Energiesparpläne bei städtischen Behörden und anderen öffentlichen Unternehmen,
- eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in der Innenstadt durch die Einführung einer Umweltzone,
- Unterstützung der Naturschutzverbände,
- Ausbau und Erhalt von Naherholungsflächen.

Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht.

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, die nicht nur auf die Begriffe Rente, Pflege und Kosten reduziert werden dürfen. Das selbst bestimmte Leben im Alter ist für Seniorinnen und Senioren ein unteilbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune.

Im Zentrum unseres Engagements stehen insbesondere die Seniorinnen und Senioren, die infolge des neoliberalen Kurses der Politik zur Wahrung ihrer Rechte und Chancen die Hilfe und Unterstützung des Gemeinwesens benötigen.

Wir fordern die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes. Dieser muss in Zusammenarbeit mit Stadtrat, Verwal-

tung und Seniorenbeirat die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik erstellen. Zu berücksichtigen sind hierbei die sich abzeichnenden demografischen und sozialen Entwicklungen (u.a. Rentenkürzung, Veränderung der Quantität von Krankheitsbildern und Verschlechterung der medizinischen Versorgung). Hierbei muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgliederung von Seniorinnen und Senioren entgegen gewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden.

DIE LINKE. Gladbeck unterstützt:

- Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld!
- Einen Seniorentreffpunkt in erreichbarer Nähe!
- Ehrenamt, Selbsthilfeprojekte und Mitarbeit in der Politik.
- Bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen,
- Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften,
- Förderung von Wohnprojekten, in denen generationsübergreifendes Wohnen möglich ist.

Transparenz in Politik und Verwaltung

Die Freiheit einer Gesellschaft misst sich auch daran, wie groß die Mitgestaltungsmöglichkeiten für jedermann sind. In den Kommunen liegen die größten Potentiale für zivilgesellschaftliches Engagement und aktives Mitgestalten. Hier findet sich die Chance einer intensiven Kommunikation zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern.

Instrumente der direkten Demokratie, Partizipation und Transparenz können gerade hier eng miteinander verkoppelt und gemeinsam weiterentwickelt werden.

Die Gesellschaft mitgestalten, politische Entscheidungen beeinflussen – dies kann für Bürgerinnen und Bürger nur dann sinnvoll möglich sein, wenn sie über die nötigen Sachinformationen verfügen und Entscheidungsstrukturen für sie durchschaubar sind.

DIE LINKE sieht eine Möglichkeit für den Abbau von Demokratie-defiziten in der Rechenschaftspflicht der vom Stadtrat in die verschiedensten Gremien entsandten Ratsmitglieder. Diese Entsendungen müssen an konkrete politische Aufgabenstellungen geknüpft werden.

Die Sitzungen des Stadtrates und aller Ausschüsse haben, soweit nicht Datenschutzbestimmungen dieses verhindern, in öffentlicher Sitzung zu erfolgen. Es ist nicht einzusehen, warum den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten werden soll, wie mit ihrem Geld umgegangen wird.

DIE LINKE. Gladbeck

fordert:

- Politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse für die Teilnahme der Bevölkerung öffnen.
- Rechenschaftspflicht für entsandte Ratsmitglieder!
- Mehr Transparenz in den Sitzungen des Rates und aller Ausschüsse!

DIE LINKE bringt neue Perspektiven in die Politik

DIE LINKE ist eine neue politische Kraft. Gleichwohl ist sie nicht geschichtslos. In Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland, das wie kaum ein anderes von der Arbeit geprägt wurde, stellt sie sich bewusst in die Tradition der linken Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften.

Das Erbe der sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Widerstandskämpfer bewahren wir, indem wir uns gegen jede Form von Faschismus und Rassismus stellen.

DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Sie ergreift Partei für abhängig Beschäftigte, Handwerksbetriebe, Händler und andere Selbständige, Erwerbslose, Rentner und Rentnerinnen, Auszubildende und Studierende, unabhängig von Geschlecht, Alter, Pass, Hautfarbe oder Gesundheitszustand.

DIE LINKE ist Partei aller Bürgerinnen und Bürger. Sie versteht sich Vorreiter einer neuen Gerechtigkeit, in der die Aufteilung des gesellschaftlichen Reichtums an alle Bürger – Junge und Alte, Arme und Reiche, Frauen und Männer – angemessen verwirklicht wird. Ihre Mitglieder engagieren sich für kommunale Belange und den Ausbau der Demokratie vor Ort.

DIE LINKE hat die Politik auf Bundesebene bereits verändert. Sie wird auch die Politik auf kommunaler Ebene verändern. Helfen Sie mit bei dieser Veränderung.

Ihre Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für soziale und ökologische Stadtpolitik und den Ausbau der Demokratie vor Ort. ■



+++ Termine +++ Termine +++ Termine +++

Günter Blocks am 27. September für uns in den Bundestag!



DIE LINKE im Bundestagswahlkreis Gladbeck-Bottrop-Dorsten wählte Günter Blocks als ihren Bewerber für das Bundestagsmandat in diesem Wahlkreis. Die Mitglieder aus den drei Städten waren zu der Wahlkreisveranstaltung nach Dorsten eingeladen. Günter Blocks, 50 Jahre alt und ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer der NRW-Linken wurde mit 68 % der abgegebenen Stimmen gewählt.

Der Oberhausener Günter Blocks wohnte bis vor 5 Jahren in Essen und davor in Heiden (Kreis Borken). Von 1986-2001 war Günter Blocks Mitglied der SPD, er gehört zu den Gründungsmitgliedern der WASG (westliche Quellpartei der LINKEN). Für die WASG holte er bei der Landtagswahl 2005 in Oberhausen das beste Ergebnis der Partei in NRW. Der gelernte Berufsschullehrer arbeitet seit 1986 bei der Stadt Essen, war dort Redenschreiber für die Stadtspitze, stellvertretender Ausbildungsleiter und ist derzeit Projektmanager im Bereich Stadtentwicklung. Das ver.di-Mitglied gehört zu den herausragenden Kandidaten der NRW-Linken und gilt als eines der engagiertesten Landesvorstandsmitglieder. Blocks ist auch gleichzeitig Wahlkampfleiter der NRW-Linken. Günter Blocks sieht die Kommunen als

Hauptleidtragende der gescheiterten neoliberalen Wirtschaftspolitik. Viele Städte stünden unter einem Haushalts sicherungskonzept, soziale Strukturen könnten nicht mehr aufrecht erhalten werden und würden nun wegbrechen. Günter Blocks meint, um eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung, die die Interessen der Mehrheit ebenso in den Mittelpunkt rücke wie den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und den Kampf für den Frieden sei ohne DIE LINKE nicht vorstellbar. Er engagiert sich für die abhängig Beschäftigten und die von Arbeitslosigkeit Betroffenen.

»Spätestens bis zur Bundestagswahl wird sich zeigen, wie unzureichend die Regierungskonzepte sind. Sicherung von Arbeitsplätzen, Stärkung der Massenkaukraft und ein nachhaltiges Zukunfts-Investitionsprogramm sind das Gebot der Stunde!« So Günter Blocks.

»Damit haben wir einen Kandidaten aufgestellt, der sich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik glaubwürdig und kompetent für die Belange der Lohnabhängigen und Arbeitslosen einsetzen wird. Das gemeinsame Ziel ist, mehr soziale Gerechtigkeit zu erkämpfen.« So Rüdiger Jurkosek, Sprecher der LINKEN in Gladbeck. ■

Gregor Gysi auf unserer zentralen Wahlkampfveranstaltung!



DIE LINKE im Kreis Recklinghausen verschafft sich einen Überblick.

Wo sollte das besser gehen als in Herten, auf der Halde Hoheward im Landschaftspark Emscherbruch. Von hier aus hat man einen guten Überblick über die Region.

Der Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, wird zu unserer zentralen Wahlkampfveranstaltung auf der Halde Hoheward/Hoppenbruch kommen.

Neben Gregor Gysi, Live-Musik und einem bunten Rahmenprogramm erwartet den Besucher auch der Kontakt zu vielen Spitzenkandidaten der LINKEN für die Stadt-, Kreis- und Landesparlamente.

Der Termin ist der 22. August, von ca. 15.30 bis 17.30 Uhr und somit unmittelbar vor der Kommunalwahl.

Ab 14.30 Uhr ist ein Shuttelservice vom Parkplatz aus zum Veranstaltungsort auf der Halde eingerichtet. ■

Armut bekämpfen!

Armut wird immer mehr zum Risiko für Ältere, aber auch für Menschen mit Kindern.

Wir wollen das Soziale wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen und Armut konsequent bekämpfen!

DIE LINKE.

STADTVERBAND GLADBECK

Unsere Direktkandidaten/-innen für den Rat der Stadt Gladbeck – und unser Landratskandidat!

BRAUCK



FRANZ KRUSE
 Staatl. gepr. Techniker / Ratsmitglied
 55 J., verh., 1 Kind
 Hobbies: Mein Garten, mein altes Fachwerkhaus und die Sauna

BRAUCK



JOHANNES BALTHAUS
 Politologe und freier Schriftsteller
 54 J., led., 2 Kinder
 Hobbies: Spieleprogrammierung, Kabarett, Schach, Radfahren

BUTENDORF



ANDREAS MARTIN
 Dipl.-Ingenieur
 45 J., ledig
 Hobbies: Judo, Radfahren, Segelsport, IT- und Webtechnologie

BUTENDORF



OLAF JUNG
 Dipl.-Ingenieur
 45 J., verh., 1 Kind
 Hobbies: Garten, Heimwerken und Doppelkopf

ELLINGHORST



HERIBERT HOUBEN
 Landschaftsarchitekt
 57 J., verh., 3 Kinder
 Hobbies: Mitarbeit in der Kirchengemeinde, Segeln, Motorradfahren

MITTE I



GÜNTER NAGEL
 Studienrat
 63 J.,
 Hobbies: Schalke, Krimis, Klavierspielen und die Rolling Stones

MITTE I



HERBERT BÖHLER
 Bauleiter
 65 J., verh., 1 Kind
 Hobbies: Musik, Theater, Reisen und den Unruhestand genießen

MITTE I



RÜDIGER JURKOSEK
 Dipl.-Sozialarbeiter
 51 J., verh., 1 Kind
 Hobbies: Kochen, Lesen, Theater

MITTE II



MOHAMMED OUAIAOU
 Lehrer
 46 J., verh., 1 Kind
 Hobbies: Lesen, Kino und politisches Kabarett

MITTE II



MARTINA PESTKE
 Verwaltungsfachwirtin
 46 J., Single
 Hobbies: Kochen mit Freunden, Tanzen, Kabarettbesuche

RENTFORD-NORD**JENS MIOSGA**

Lager- und Transportfacharbeiter
44 J., gesch., 2 Kinder
Hobbies: Schalke, Lesen, Computer
und meine Freundin

ROSENHÜGEL**GUDRUN ERFURT**

Lehrerin
59 J., verh., 2 Kinder
Hobbies: Schalke, Geschichte, Lesen
und kreatives Gestalten

LANDRATSKANDIDAT INGO BOXHAMMER

Die Ärmsten sollen die Zeche der Krise zahlen!

Nach der Bundestagswahl drohen den Deutschen eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die »Bild«-Zeitung hatte, mit Verweis auf Insider, über Pläne der CDU/CSU-Bundestagsfraktion berichtet die eine Anhebung der Mehrwertsteuer vorsehen. Es sei eine Erhöhung des ermäßigten Steuersatzes von derzeit sieben Prozent auf 19 Prozent im Gespräch, dieser Satz gilt derzeit unter anderem für Lebensmittel. Es sind aber in CDU-nahen Kreisen auch Mehrwertsteuersätze von bis zu 25 Prozent im Gespräch.

Auch wenn CDU-Pofalla umgehend zurückrudert, wird deutlich, wen die CDU zu Bewältigung der Finanzkrise heranziehen will.

Ingo Boxhammer, Landratskandidat und Vorsitzender der LINKEN im Kreis Recklinghausen dazu: »Diese wenig soziale Steuer, die jeden Hartz-IV-Bezieher – relativ gesehen – ebenso belastet wie den Multimilliardär, ist ein typisches Beispiel für die Verlogenheit der deutschen Steuergesetzgebung. Das angeblich so »finstere« Mittelalter kannte den »Zehnten« – zehn Prozent auf alles. Die große Koalition schaffte es, die Steuer- und Abgabenbelastung für Normal- und Geringverdiener auf über 50% zu bringen. Diese Steuerungerechtigkeit ist gleichzeitig ein Schlag gegen die ohnehin am Boden liegende Binnenkonjunktur, denn die Kaufkraft der Bevölkerung wird weiter eingeschränkt. Anstatt die Vermögen und sehr hohen Einkommen zu be-

steuern, wollen CDU/CSU weiter von unten nach oben umverteilen. Wie schön wäre es, wenn in der Regierung jemand arbeiten würde, der auch mit unserem Geld umgehen kann.«

Ingo Boxhammer, Kreisvorsitzender DIE LINKE, Kreis Recklinghausen, 66 J., verh., 1 Tochter.

Nach Schule, Berufsausbildung und Studium (alter 68-er) Tätigkeit in der Berufsberatung, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Wuppertal und Dortmund, Geschäftsführer des Schallplattenverlages »pläne«, Koordinator im Städt. Sozialdienst, Fortbildung zum Systemischen Familientherapeuten, Fortbildung zum Supervisor und Coach (zugleich Lehrtherapeut und Lehrsupervisor für Ausbildungskandidaten), Tätigkeit in selbständiger psychotherapeutischer Praxis.

Politischer Werdegang: Vorsitzender des ASTA des SPS in Dortmund, von 1968 bis 1978 Mitglied der DKP. 1978 Austritt. Nach dem Austritt kein weiteres politisches Engagement.

2004 Eintritt in die Linkspartei PDS, Mitarbeit in der örtlichen Parteiorganisation, Unterstützung des Vereinigungsprozesses von WASG und Linkspartei PDS. Auf der Gründungs- und Kreismitgliederversammlung des Kreisverbandes Recklinghausen wurde Ingo Boxhammer zum Sprecher der neuen Partei DIE LINKE gewählt und damit zugleich zum Mitglied des geschäftsführenden Kreisvorstandes.

ROSENHÜGEL**ROBERT GIEBLER**

Richtmeister
61 J., verh., 3 Kinder
Hobbies: Fussball, Handball
und Skat

ZWECKEL**JÜRGEN FEHST**

Bauschlosser, Betriebsratsvorsitzender und stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Pilkington Deutschland AG. Mitglied der IG BCE

ZWECKEL**RALF MICHALOWSKY**

Dipl.-Ökonom
59 J., verh., 2 Kinder
Hobbies: Marathonlaufen, Radfahren,
an Autos und Mopeds schrauben

ZWECKEL**SIMONE JUNG**

Krankenschwester
44 J., verh., 1 Kind
Hobbies: Kochen, Lesen,
Familienforschung

Jetzt mitmachen – Mitglied werden!

DIE LINKE.

STADTVERBAND GLADBECK

Es ist unübersehbar, dass in Deutschland seit langem ein deutlicher Sozialabbau erfolgt, der immer ungenierter betrieben wird. Wer diese Entwicklung kritisiert, sollte sie nicht mehr tatenlos hinnehmen, sondern dagegen aktiv werden. Zum Beispiel, indem er in DIE LINKE eintritt.

Vom Sozialabbau betroffen sind heute alle Altersgruppen und fast alle Schichten. Einige kleine Aufzählung gefällig?

■ Kinder schämen sich in der Schule, weil ihre Eltern ihnen keine Schultüten, Tornister, Sportkleidung oder Lehrbücher kaufen können und nicht das Geld für Klassenfahrten haben. Seit der Einführung von Hartz IV hat sich die Anzahl der Kinder in Armut auf 2,6 Millionen verdoppelt.

■ Junge Erwachsene werden um ihre Zukunftsplanung betrogen, weil sie sich in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen durchschlagen müssen. Zeitarbeitsverträge, Minijobs, Leiharbeit und Dauerpraktika sind die Normalität. Tariflich entlohnte unbefristete Arbeitsverhältnisse gibt es für junge Arbeitnehmer immer seltener.

■ Wer Vollzeit arbeitet, verdient damit heutzutage trotzdem oft nicht genug zum Leben, weil die Löhne in unanständig niedrige Bereiche gedrückt wurden. Ein existenzsichernder Mindestlohn für alle fehlt immer noch.

■ Arbeitnehmer, die über 50 Jahre alt sind, werden immer seltener beschäftigt. Als Arbeitslose finden sie sich am Ende des Erwerbslebens wegen Hartz IV als Sozialhilfeempfänger wieder.

Fast alles, was sie sich im Leben erarbeitet haben, wird ihnen so wieder genommen.

■ Rentnern wird durch die Manipulationen an den Rentengesetzen die Hoffnung auf ein würdiges Leben im Alter genommen. Senioren gehen später in den Ruhestand und bekommen dann nur noch geringe Renten.

■ Die Realeinkommen der Menschen sind so niedrig, dass wir Armenspeisungen in Suppenküchen erleben: So genannte »Tafeln« versorgen über eine Million Bürger. Die Zweiklassenmedizin nimmt immer krassere Formen an. Kinder sind für Familien heutzutage kein Grund zur Freude, sondern gelten als Armutsrisiko. In Pflegeheimen widerfährt den Alten oft eine entwürdigende Behandlung.

Die Auflistung ließe sich fortsetzen. Dies alles sind gute Gründe, um in DIE LINKE einzutreten.

Immer mehr Menschen fühlen, dass Etwas schief läuft. Die Reichen werden immer reicher – und das Volk wird immer ärmer. Durch die Politik der letzten Jahre gingen die Menschlichkeit und die Gerechtigkeit immer mehr verloren. Dabei entspricht diese Politik weder den Idealen der christlichen Parteien noch denen der Sozialdemokraten.

Alle Sozialverbände, von SoVD (Sozialverband Deutschland) und VDK (Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Rentner Deutschland) über Caritas und Diakonie bis hin zur internationalen politischen Bewegung »Attac« kritisieren deswegen die großen politischen Parteien. Wegen der unsozialen Politik der letzten Jahre gründete sich die neue Partei DIE LINKE.

Eintrittserklärung

DIE LINKE.

Hiermit erkläre ich,

Name Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person:

Geburtsdatum Geburtsort

Beruf Postleitzahl

Wohnort Straße

Telefon E-Mail

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum  Unterschrift

Bitte ausschneiden und beim Stadtverband Gladbeck abgeben oder einsenden an:

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Nähere Informationen bekommst Du online unter www.die-linke.de oder besuche uns einfach an einem unserer Informationsstände, die wir regelmäßig samstags in der Hochstraße / Ecke Goethestraße von ca. 10.00 bis 13.00 Uhr veranstalten.

Oder komm einfach unverbindlich zu unseren Versammlungen. Jeden 3. Dienstag im Monat treffen wir uns um 19.00 Uhr im Fritz-Lange-Haus in der Friedrichstraße 7 – Wir freuen uns sehr über Gäste und Interessierte.

**Komm, mach mit –
Du bist bei uns willkommen!**

Impressum

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:

DIE LINKE. GLADBECK
Stadtverbandsprecher:
Rüdiger Jurkosek
Marktstr. 23, 45964 Gladbeck
Telefon (0 20 43) 6 55 01
e-mail: r.jurkosek@web.de

Fotos: Peter Braczko, Olaf Jung, Archiv

Grafik, Satz & Layout:
Rainer Dicken

www.dielinke-gladbeck.de

